

Statement von Kornelia Wehlan auf der BRALA am 22. Mai 2009

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

DIE LINKE hat am vergangenen Wochenende ihren Landtagswahlprogramm-Entwurf auf den Weg gebracht. Auf einem Parteitag am 12. Juli werden wir nach umfassender öffentlicher Diskussion unser Landtagswahlprogramm beschließen. Für uns stehen gute Arbeit, bei guten Löhnen, die Bekämpfung von Armut, insbesondere Kinderarmut, Bildung für alle - begonnen in der Kita und ein gutes Leben in allen Regionen Brandenburgs im Zentrum der Debatte.

Dazu ist uns der Dialog mit den Praktikern sehr wichtig, vor allem deshalb, weil wir meinen, dass den ländlichen Räumen mit der Agrarwirtschaft bei der sozialen und ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft eine herausragende Rolle zukommt. In ihnen wird nicht nur der entscheidende Beitrag zur Sicherung der Ernährung geleistet, sondern nahezu ausschließlich werden hier auch die lebensnotwendigen Naturressourcen sowie die Kulturlandschaft geschützt und reproduziert und nachwachsende Rohstoffe erzeugt.

Als Politikerin heißt das für mich zuallererst für verlässliche politische Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Landwirtschaft braucht eine stabile Entwicklung, um wettbewerbsfähig zu sein, investieren zu können und die Leute gut zu bezahlen. Wir wollen Land- und Forstwirtschaft als Motor der regionalen Entwicklung sowie als Anker für Existenz sichernde Einkommen und für ein selbstbestimmtes Leben in den Dörfern und kleinen Städten stabilisieren und entwickeln.

Deshalb findet unsere Kritik, dass die EU - Zwischenbewertung des sechsjährigen Planungszeitraums von 2007 bis 2013 für eine Kursänderung genutzt wurde, um Kappungsgrenzen und Degressionen sowie zusätzliche Modulationen für große Agrarbetriebe einzuführen.

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben die Auswirkungen zu verkraften und stehen in der Verpflichtung gegenüber den Banken, wo diese Mittel Bestandteil von Unternehmensbilanzen bzw. Wirtschaftlichkeitsberechnungen waren. Frau Merkel wollte ja keiner Lösung zustimmen, die überproportionale Belastungen für die ostdeutschen Betriebe zur Folge hätte.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Entscheidung ist ja nicht die erste Lex-Ost. Mit der Festlegung von Obergrenzen beim Agrardiesel zur besonderen Besteuerung großer Agrarbetriebe wurde bereits 2005 der Dambruch für die Schlechterstellung ostdeutscher Agrarstrukturen betrieben. Und nicht durch irgendjemanden, sondern am Tisch des Bundesfinanzministers im Einvernehmen mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten. Hier hat Regierungshandeln auch Brandenburgs zur Aufhebung des Grundsatzes der Gleichbehandlung aller Betriebsgrößen geführt. DIE LINKE hat diesen Grundsatz in ihrem Wahlprogramm fest verankert.

Und wenn man bedenkt, was der Faustpfand dafür war - eine BVVG-Bodenpolitik im Interesse der ostdeutschen Agrarstrukturen - spricht die Privatisierungsrichtlinie der BVVG nach Höchstgebot eine deutlich andere Sprache. Wir wollen eine Bodenpolitik die den Brandenburger Landnutzer stärkt und den Boden wie auch Nahrungsmittel nicht zum Spekulationsobjekt von Finanzjongleuren werden lässt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

es ist schon seit langem normal, dass der Bauer über den Preis für gesunde Lebensmittel weder seine Kosten noch ein angemessenes Einkommen sichern kann. Das Auf und Ab bei den Erzeugerpreisen und der ständige Kostendruck bei den Betriebskosten kennen Sie nur zu gut. Wir sind für faire Preise und

meinen, dass die Stellung der Landwirte am Markt deutlich gestärkt und die Marktmacht der Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten begrenzt werden muss.

Der Milchfonds wird frühestens im 2. Quartal 2010 greifen und bis dahin sind Übergangslösungen eben auch nur Übergangslösungen, wie beispielsweise Betriebsmitteldarlehen oder das Vorziehen der Direktzahlungen vom Dezember in den Sommer. Unterm Strich bringt das keinen Euro mehr. Deshalb haben wir bereits im Dezember und erneut im März Anträge zur Kostenentlastung der Landwirtschaft und ihrer Beteiligung am Konjunkturpaket eingebracht. Die Koalition hat sich im März mit einem Entschließungsantrag diesen Forderungen weitgehend angeschlossen.

Bei der Milchproblematik aber wird das nicht reichen. Hier muss ein Richtungswechsel her und zwar weg vom unregulierten, auf Dumpingpreise orientierten Weltmarkt, hin zu einer Stabilisierung der regionalen Märkte mit kostendeckenden Milchpreisen. Ich möchte an unsere Forderung beim Milchgipfel Brandenburg im Jahr 2005 erinnern. Die Milch sollte bei den WTO-Verhandlungen als „sensibles Produkt“ eingestuft werden. Dadurch wäre es möglich, die Zölle für Milch und Milchprodukte im Sinne eines differenzierten Außenschutzes weniger stark abzubauen als bei anderen Produkten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

es gibt noch viele Stichworte, wie Berufsnachwuchs, Bürokratieabbau, Gentechnik. Darauf einzugehen bin ich sehr gern bereit in der anschließenden Diskussion.